



# Lebensqualität in Europa – Qualität der Gesellschaft und der öffentlichen Dienste

## Zusammenfassung

### Einleitung

Lebensqualität hängt von individuellen Umständen und der Qualität der Gesellschaft insgesamt ab, welche wiederum teilweise durch die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten bestimmt wird. Dienste wie Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen und soziale Betreuungsdienste ermöglichen es den Bürgern, ein erfülltes Leben zu führen. Die Qualität der Gesellschaft wird aber auch von sozialen Beziehungen geprägt und davon, wie gut diese funktionieren: Konflikte oder Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen oder auch ein Mangel an zwischenmenschlichem Vertrauen können sich auf das Wohlbefinden aller Menschen auswirken.

Dieser Bericht gründet sich auf die Europäische Erhebung zur Lebensqualität 2011, die dritte Erhebung dieser Art, die von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) durchgeführt wurde. Die globale Wirtschaftskrise, die nach der letzten Erhebung im Jahr 2007 einsetzte, führte drohende Einschnitte bei öffentlichen Diensten, eine Zunahme der Ungleichheiten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit potenziell tiefgreifenden Auswirkungen auf die Lebensqualität in Europa herbei.

### Politischer Kontext

Die Strategie Europa 2020 fördert ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und den sozialen und territorialen Zusammenhalt. Zunehmend wird erkannt, dass das Wirtschaftswachstum nicht der einzige Indikator für den Erfolg einer Politik ist: Ebenso wichtig ist der soziale Zusammenhalt, eine Politik der EU, die die Bedeutung der Integration von benachteiligten Gruppen durch öffentliche Dienste betont. Daher ist es wichtig, zu untersuchen, wie der soziale Zusammenhalt aufrechterhalten wird und wie sich dieser europaweit unterscheidet, damit keine Regionen und keine Gruppen den Anschluss verlieren. Ein integratives Wachstum kann nicht ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen der Wirtschaftspolitik angestrebt werden.

Im kürzlich veröffentlichten Sozialinvestitionspaket werden die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu aufgefordert, mehr Gewicht auf die Bereitstellung von wichtigen öffentlichen Diensten zu legen. Im Dokument über Investitionen in Kinder wird die Bedeutung eines verbesserten Zugangs zu frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten betont – eine grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches zukünftiges

Abschneiden im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich. Darüber hinaus kann eine gute Kinderbetreuung die Erwerbsbeteiligung von Eltern steigern, deren Beschäftigungsmuster immer vielfältiger werden. Im Dokument über Investitionen in die Gesundheit wird der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung als wesentliches Element zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheit und zum Erhalt der Produktivität der Erwerbsbevölkerung herausgehoben. In der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zur Langzeitpflege wird darauf hingewiesen, dass der allgemeine Zugang zu finanziell nachhaltigen, qualitativ hochwertigen Langzeitpflegediensten ein gemeinsames Ziel der EU-Zusammenarbeit zur Langzeitpflege im Rahmen des Ausschusses für Sozialschutz bildet.

### Wichtigste Erkenntnisse

Die wahrgenommene Qualität der öffentlichen Dienste geht europaweit auseinander. Die Bürger in Österreich, Luxemburg, Deutschland und dem Vereinigten Königreich schätzen diese am höchsten ein und vertreten die Auffassung, dass sich die Qualität zwischen 2007 und 2011 verbessert hat. In der Slowakei, Polen, Bulgarien und Griechenland bewerten die Bürger diese am schlechtesten und halten die Qualität für rückläufig. Der wirtschaftliche Wohlstand von Ländern und Einzelpersonen wirkt sich maßgeblich darauf aus, wie öffentliche Dienste wahrgenommen werden: Wohlhabendere Bürger bewerten diese positiver als Menschen, denen es schwer fällt, mit ihren finanziellen Mitteln über die Runden zu kommen.

Der Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten und die Beschäftigungsquote von Frauen sind eng miteinander verknüpft. Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, benötigen Kinderbetreuungsdienste. In vielen Ländern wird jedoch die Nachfrage nach solchen Diensten durch das Angebot nicht gedeckt. Es besteht eine enge Korrelation zwischen dem Zugang zu Langzeitpflegediensten und der wahrgenommenen Qualität dieser Dienste. Besser gestellte Bürger und solche, die in wohlhabenderen Ländern leben, sind mit den Langzeitpflegeangeboten am zufriedensten. Demgegenüber führt wirtschaftliche Not das Gefühl herbei, von sozialen Betreuungsdiensten ausgeschlossen zu sein. Die Qualität der Gesundheitsdienste und ihre Zugänglichkeit werden sehr unterschiedlich wahrgenommen. Zwar hat die

wahrgenommene Zugänglichkeit europaweit insgesamt zugenommen, doch hat sie sich in Ländern wie Griechenland – welche von der Wirtschaftskrise schwer getroffen wurden – verschlechtert. Die staatlichen Gesundheitsausgaben wirken sich auf die wahrgenommene Qualität der Dienste aus.

Berufstätigkeit und Betreuungspflichten können die wahrgenommene Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten verringern. So fällt es erwerbstätigen Personen und Frauen schwerer, Zeit für einen Arztbesuch zu finden, vor allem wenn sie Betreuungspflichten haben.

Europaweit sind Menschen in ländlichen Gebieten mit ihrer örtlichen Umgebung (etwa in puncto Luftqualität, Abfall in den Straßen und Kriminalität) zufriedener als Bewohner städtischer Gebiete, während der Zugang zu örtlichen Diensten (beispielsweise Banken und Postdienststellen) in städtischen Gebieten besser ist.

Das Vertrauen in Menschen blieb zwischen 2007 und 2011 weitgehend unverändert, doch ist das Vertrauen in Institutionen in ganz Europa sichtlich zurückgegangen, am drastischsten im krisengeschüttelten Griechenland und Zypern. Maßgebliche Faktoren, die das Vertrauen in Institutionen stärken, sind die wahrgenommene Qualität öffentlicher Dienste, gefolgt von der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation des eigenen Landes und der Auffassung, dass dort wenig oder gar keine Korruption herrscht.

Das Vertrauen in Menschen und das Vertrauen in Institutionen korrelieren mit einem Gefühl der wirtschaftlichen Unsicherheit: Wer es für wahrscheinlicher hält, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, empfindet ein geringeres Vertrauen in Institutionen und andere Menschen, während diejenigen, die sich sicherer fühlen, dass sie im Falle eines Arbeitsplatzverlustes eine neue Stelle finden könnten, ein größeres Vertrauen empfinden.

Die Einstellungen gegenüber Migranten und Einwanderung hängen mit dem sozioökonomischen Status zusammen. So sind männliches Geschlecht, ein Wohnsitz in einer ländlichen Gegend, ein höheres Alter oder ein niedrigeres Einkommen mit einer weniger toleranten Haltung gegenüber Migranten verbunden.

Spannungen zwischen sozialen Gruppen in Europa waren der allgemeinen Wahrnehmung zufolge am geringsten (in aufsteigender Reihenfolge) zwischen Männern und Frauen, zwischen alten und jungen Menschen, zwischen Menschen mit unterschiedlicher sexueller Ausrichtung und zwischen Menschen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit. Am stärksten wurden Spannungen zwischen verschiedenen Volks- und ethnischen Gruppen, Reichen und Armen und Unternehmensleitung und Arbeitnehmern empfunden.

Deprivation wirkt sich negativ auf die Wahrnehmung der Gesamtqualität der Gesellschaft aus. Am wichtigsten sind in dieser Hinsicht die Fähigkeit, sich sozioökonomisch sicher zu fühlen, gefolgt von Fragen der Selbstbestimmung (z. B. dem Gefühl, dass das Leben zu kompliziert sei, um es kontrollieren zu können) und schlechten subjektiven Bewertungen der eigenen Gesundheit. Ebenso bedeutsam ist diesbezüglich das Gefühl, aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu sein.

Ein Index der wahrgenommenen wirtschaftlichen Unsicherheit stuft Länder nach dem wirtschaftlichen Risiko ein. Daraus geht hervor, dass Europäer im Allgemeinen nur geringfügig von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn es um Ängste um ihren Arbeitsplatz oder die finanzielle Situation ihres Haushalts geht. Dies gilt allerdings nicht für Griechenland, Ungarn und Portugal.

## Empfehlungen für die Politik

Die Politik sollte Ungleichheiten auf Mitgliedstaatenebene angehen, wo wahrgenommene Ungleichheiten und tatsächliche Ungleichheiten stark miteinander korrelieren. Deprivation hat einen signifikanten Einfluss auf den Zugang zu einer Reihe von öffentlichen Diensten und ihrer Wahrnehmung. Freilich sind gerade die ärmsten Bürger auch diejenigen, die solche Dienste am dringendsten benötigen. Die Gewährleistung des Zugangs zu Diensten für alle Menschen, einschließlich der wirtschaftlich marginalisierten Bürger, sollte für die Politik ein vorrangiges Anliegen bilden.

Kinderbetreuungsdienste und günstige Arbeitszeiten können zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben beitragen und die Beschäftigungsquoten steigern. Ebenso spielen sie eine Rolle, wenn es darum geht, den Bürgern Zugang zu Diensten wie ärztlicher Betreuung, Postdienststellen, Banken und Gesundheitsversorgungseinrichtungen zu verschaffen. Eine familienfreundliche Beschäftigungspolitik (für sowohl Männer wie Frauen) kann ebenfalls dazu beitragen, das Leben für berufstätige Familien zu erleichtern. Die Öffnungszeiten für diese Dienste müssen auch den veränderten Beschäftigungsmustern Rechnung tragen. Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitsdiensten gefährden den allgemeinen Zugang. Schuld hieran könnten zum Teil auch knappe Haushaltsmittel im Gesundheitsbereich und arbeitszeitliche Beschränkungen sein. Flexiblere Öffnungszeiten und andere Formen des Zugangs zu Gesundheitsdiensten (beispielsweise mithilfe der Informationstechnologie) könnten einige dieser Probleme mildern.

Eine Politik zur Bekämpfung von Ungleichheiten auf europäischer Ebene sollte darauf abzielen, dem immer größer werdenden Gefälle zwischen bestimmten Mitgliedstaaten und dem übrigen Europa entgegenzuwirken.

Zum Aufbau des Vertrauens in öffentliche Institutionen muss das Problem der Korruption in Angriff genommen werden, und wirtschaftlich benachteiligte Bürger müssen Zugang zu öffentlichen Diensten erhalten, da sie sonst ihr Vertrauen in diese Dienste verlieren könnten. Besonders akut sind diese Probleme in Griechenland, Rumänien und Bulgarien.

Einigen Ländern ist es gelungen, die wahrgenommene Qualität der öffentlichen Dienste trotz der Wirtschaftskrise zu verbessern. Diese können Beispiele für bewährte Verfahrensweisen liefern.

### Weitere Informationen

Der Bericht „Quality of life in Europe – Quality of society and public services“ (Lebensqualität in Europa – Qualität der Gesellschaft und der öffentlichen Dienste) ist abrufbar unter <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1361.htm>

Weitere Informationen erhalten Sie bei Klára Fóti, Forschungsleiterin, E-Mail: [kfo@eurofound.europa.eu](mailto:kfo@eurofound.europa.eu)